

Alles weitere ist eine Frage der Vernunft Frau Auweter-Kurtz knapp bestätigt

"Markt und Demokratie stützen einander also nicht mehr automatisch. Eine diesen Vorgang erklärende Aufklärung wäre gewissermaßen der philosophische Part der heutigen Friedensforschung. Politisches Ziel ist die Herstellung eines welt-innenpolitischen, eines globalen Rechtsrahmens, damit die Investoren nicht in Kindersklaverei- und Umweltsünder-Staaten und die Reichen nicht in Steueroasen ausweichen können. Man macht sich natürlich mit dieser Aufklärung bei den heutigen Mächtigen, den Marktgewinnern, nicht beliebt!"

Ernst Ulrich von Weizsäcker, "Naturwissenschaft und Friedensforschung: eine vertrackte Beziehung", Festvortrag zur Eröffnung des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums Naturwissenschaft und Friedensforschung, 7. Juli 2006.

Nach einem demokratisch sehr zweifelhaften Verfahren (headhunting, programmlose Kandidatinnenfindung, geheime Hochschulratssitzung, Ad-hoc-Ferientsitzung des Akademischen Senats, zu schwache Mehrheit des Gremiums) ist Frau Auweter-Kurtz mit neun zu sechs Stimmen als Präsidentin der Universität im Akademischen Senat bestätigt worden.

Die Für-Stimmen kamen von den Professorinnen und Professoren, die Gegenstimmen – mehrheitlich: 2 von 3 – von studentischer Seite, vom Technischen und Verwaltungspersonal sowie von den wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Es standen sich gegenüber ein undemokratisches bzw. intransparentes Verfahren, eine senatskonforme Kandidatur oder ein souveränes Procedere nach vernünftigem

Programm, die soziale Offenheit des Studiums, ein freimütiger kollegialer Zusammenhang der Universität und ihrer Mitglieder sowie – nicht zuletzt – das gesteigerte Gewicht einer verantwortlichen und öffentlich wirksam agierenden Friedensforschung, die anregend für die Gesamtentwicklung der Wissenschaften wirksam ist.

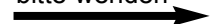
Bei dieser Kontroverse wird es bleiben.

Krieg ist entgegen mancherlei Propaganda nicht Frieden.

Die Vernunft ist keine Handelsware.

Wer sich nicht entmutigen läßt, positioniert sich aussichtsreich.

bitte wenden



Anläßlich der Sondersitzung des Akademischen Senats zur Wahl einer Universitätspräsidentin / eines Universitätspräsidenten haben die linken studentischen AS-Mitglieder folgende programmatischen Leitlinien vorgelegt:

Leitlinien zur Präsidentschaft

"Als kompetenter und engagierter Berater hochrangiger Politiker hat sich Wolfgang Panofsky seit 1945 vehement für atomare Rüstungskontrolle und Abrüstung eingesetzt. Seine enge Verbundenheit mit der Universität Hamburg zeigte er durch zahlreiche Vorträge zu diesen Fragen. Bis zum heutigen Tag hat Wolfgang Panofsky wissenschaftliche Projekte an der Universität Hamburg und am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik durch wertvollen fachlichen und persönlichen Rat unterstützt.

Mit der Ernennung zum Ehrensenator dankt die Universität Hamburg Wolfgang Panofsky für seine langjährige wissenschaftliche Verbundenheit und würdigt sein friedensförderndes Engagement in der Wissenschaft."

Ernennungsbeschuß des Akademischen Senats vom 1. Juni 2006.

1) Dann gibt es nur eins...

Ob nun gefühlt, gemeint, gedacht, geforscht, gesagt oder geschrieben: Daß der Krieg möglicherweise nicht der Vater, sondern die Mutter aller Dinge sei, macht ihn (oder sie) nicht besser und die dogmatische Aussage über den Ursprung allen Seins als fatale Handlungsmaxime nicht richtiger.

Zivile Bedingungen und Entwicklungen ermöglichen das Leben der Wahrheit, die martialisch unbedrohte demokratische Partizipation, die produktive Kontroverse zur freudigen Realisierung des Allgemeinwohls.

George W. Bush hat sich als "Kriegspräsident" bezeichnet.

Die Universität braucht einen Friedenpräsidenten/eine Friedenspräsidentin.

2) Die Universität als Republik

Unter hohem äußeren Druck ist Demokratie als Struktur, Haltung und Praxis einer Institution und all ihrer Mitglieder für ein vernünftiges Zusammenwirken lebenswichtig und entwicklungswürdig.

Das faire gleichberechtigte Zusammenspiel von kollegialem Präsidium, Akademischem Senat, Kammer, Konvent, Fakultätsräten und den Organen der Interessenvertretung (Personalräte, AStA) ist am meisten gedeihlich für das Wissen schaffen und seine Subjekte.

Hierfür hat ein Präsident/eine Präsidentin besondere Verantwortung.

3) Soziale Offenheit

Studiengebühren sind ein Zwangsmittel zur sozialen Selektion und zur Einengung der Persönlichkeiten respektive der Wissenschaften. Sie sollen suggerieren, der Mensch sei erst dadurch, daß er kaufe oder käuflich sei. Wer Menschen gleichwertig betrachtet und behandelt, mißt ihnen höhere Bedeutung bei.

Ein Präsident/eine Präsidentin sollte Studiengebühren aus Gründen der Menschlichkeit ablehnen.

4) Geschichte, Genauigkeit und Zukunft

Was ist, ist geworden; was geworden ist, ist gemacht; was gemacht ist, ist zu verantworten; was ist, ist nicht alternativlos.

Die Welt ist nicht zum Besten.

Wissenschaften sollten andere Möglichkeiten ergründen und in Stadt und Land zum Erfordernis machen. Das Stirnrunzeln der Handelskammer sei kein Hindernis.

Vernunft ist eine öffentliche Angelegenheit.

Ein Präsident/eine Präsidentin darf sich mit den Übeln nicht abfinden.

"Abendblatt: Was war in Ihren Anfangszeiten anders als heute? Was war besser, was war schlechter?

Flimm: Damals war besser, daß wir gelernt haben, Texte bis in die hinterste Ecke auszuloten, um den Blick in die Menschen zu öffnen. Man wollte den Riß zeigen, der durch die Welt geht. Man erkennt heute in den Aufführungen den Kulturverlust durch Vereinfachungen und Verknappungen. Ich sehe gerne Aufführungen, die ausführlich die vielen Möglichkeiten des Schauspielers und des Menschen zeigen. Dazu gehören aber Regisseure, die in die Texte hineingehen wollen, anstatt sie sich vom Halse zu halten. Ich glaube, das Theater ist utopieloser geworden."

Jürgen Flimm Interview mit dem "Abendblatt" vom 22/23. Juli 2006, S. 7.

Wissenschaft, Kunst und Leben haben eine gewisse Verwandtschaft.

Golnar Sepehrnia, Olaf Walther
Hamburg, den 25. 07. 2006